

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 22. September 1993
am Donnerstag, dem 23. September 1993

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	5, 31	Lambinus, Uwe (SPD)	17, 35
Duve, Freimut (SPD)	15, 16	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	10, 46
Erler, Gernot (SPD)	18, 19	Müller, Albrecht (Pleisweiler) (SPD)	36, 37
Fritz, Erich G. (CDU/CSU)	22, 23	Ostertag, Adolf (SPD)	27, 28
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU)	32	Dr. Ramsauer, Peter (CDU/CSU)	3, 4
Gallus, Georg (F.D.P.)	38, 39	Ringkamp, Werner (CDU/CSU)	20, 21
Ganseforth, Monika (SPD)	30	Schily, Otto (SPD)	48
Jäger, Claus (CDU/CSU)	29, 47	von Schmude, Michael (CDU/CSU)	24
Dr. Kahl, Harald (CDU/CSU)	40	Dr. Schnittler, Christoph (F.D.P.)	11, 12
Kastner, Susanne (SPD)	6, 7	Schwanhold, Ernst (SPD)	43, 44
Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz (SPD)	25, 26	Schwanitz, Rolf (SPD)	1, 2
Dr. Knaape, Hans-Hinrich (SPD)	8, 9	Dr. Weng, Wolfgang (Gerlingen) (F.D.P.)	13, 14
Kubatschka, Horst (SPD)	41, 45	Dr. Wetzel, Margrit (SPD)	33, 34
Dr. Kübler, Klaus (SPD)	42, 49		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Frauen und Jugend	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter
**Rolf
Schwanitz**
(SPD)
Welche Kenntnis hat die Bundesregierung vom Ablauf der „Aktion Rose“, mit der im Frühjahr 1953 an der DDR-Ostseeküste ca. 440 Hotel- und Pensionsbesitzer verhaftet wurden, und welche eigentumsrechtlichen Folgen hatte diese Aktion für die Betroffenen?
2. Abgeordneter
**Rolf
Schwanitz**
(SPD)
Haben Betroffene dieser Aktion, die in die Bundesrepublik Deutschland flüchteten, andere eigentumsrechtliche Ansprüche als diejenigen, die in der DDR verblieben, und wie können beide Gruppen heute wieder an ihr ehemaliges Eigentum gelangen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

3. Abgeordneter
**Dr. Peter
Ramsauer**
(CDU/CSU)
Welcher Betrag ist im Entwurf des Bundeshaushalts 1994 insgesamt eingestellt zur Umsetzung des Bundestags-Beschlusses vom 20. Juni 1991 zur Verlegung des Sitzes von Parlament und Bundesregierung von Bonn nach Berlin?
4. Abgeordneter
**Dr. Peter
Ramsauer**
(CDU/CSU)
Welche Beträge sind dabei für welche Zwecke vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

5. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)
Wie beurteilt die Bundesregierung die Zusammenarbeit zwischen den Kultusministerien der Bundesländer und der Bundeswehr im Bereich der verteidigungspolitischen Bildungsarbeit?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

6. Abgeordnete
**Susanne
Kastner**
(SPD)

Wie steht die Bundesregierung zu der Forderung der Getränke- und Lebensmittelindustrie, bei der Produktion z. B. von Gemüsekonserven Wasser verwenden zu können, das nicht den Anforderungen der EG-Trinkwasserrichtlinie in Bezug auf die Pflanzenschutzmittel- und Nitratgrenzwerte entspricht, weil in Gemüse z. B. höhere Rückstandsmengen zugelassen sind, und welche Folgen hätte es, wenn Wasser nur bei der Nutzung als Trinkwasser den Anforderungen der EG-Trinkwasserrichtlinie entsprechen müßte?

7. Abgeordnete
**Susanne
Kastner**
(SPD)

Welche Stellungnahme wird die Bundesregierung auf der EG-Trinkwasserkonferenz am 23./24. September 1993 in Brüssel zu der zur Diskussion stehenden Änderung des Vorsorgegrenzwertes für Pflanzenschutzmittel im Trinkwasser von 0,1 Mikrogramm pro Liter abgeben, und wie soll der Vorsorgegedanke im Gesundheits- und Trinkwasserschutz und im Grundwasserschutz durchgesetzt werden, wenn Grundwasser je nach Nutzung differenziert vor Pflanzenschutzmitteln und Nitrat geschützt werden soll?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft

8. Abgeordneter
**Dr. Hans-Hinrich
Knaape**
(SPD)

Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf bei der Prävention von beruflicher Ausbildungslosigkeit bei Jugendlichen ohne Schulabschluß, besonders in den neuen Ländern, und wenn ja, welche Schritte unternimmt sie in dieser Hinsicht?

9. Abgeordneter
**Dr. Hans-Hinrich
Knaape**
(SPD)

Gedenkt die Bundesregierung bildungspolitische Konzepte, die in Abstimmung mit dem Deutschen Jugendinstitut e. V. München von freien Trägern regional durchgeführt werden, wie z. B. das Modellprojekt Jugendliche im Übergang von der Schule in den Beruf (MOSBE) in der Stadt Brandenburg an der Havel, das sich um Jugendliche vor und nach Schulabgang ohne Abschluß bemüht, zu unterstützen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

10. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Was sind die Gründe für die ungewöhnlich hohe Zahl der Ablehnungsbescheide zu Aussiedlungsanträgen Deutscher aus dem polnischen Machtbereich, so daß z. B. in der Zeit vom 1. Januar 1993 bis 31. Mai 1993 15 536 Anträge abgelehnt und nur 459 Anträge neu gestellt wurden?
11. Abgeordneter
Dr. Christoph Schnittler
(F.D.P.)
- Stimmt die in Nr. 31/1993 abgedruckte Behauptung des „Spiegel“, daß in Bundesdienststellen 2 597 ehemalige Stasi-Mitarbeiter beschäftigt, und daß von diesen bereits 452 ins Beamtenverhältnis übernommen worden sind?
12. Abgeordneter
Dr. Christoph Schnittler
(F.D.P.)
- Wie schätzt die Bundesregierung das mit der Einstellung von ehemaligen Stasi-Mitarbeitern in Bundesdienststellen verbundene Sicherheitsrisiko ein, und welche Maßnahmen wurden getroffen, um ein mögliches Sicherheitsrisiko auszuschalten?
13. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Weng
(Gerlingen)
(F.D.P.)
- Welchen Stand haben die Bemühungen der Bundesregierung, die im Zusammenhang mit Wirtschaftsbeteiligungen der öffentlichen Hand bestehende sog. VBL-Problematik zu lösen?
14. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Weng
(Gerlingen)
(F.D.P.)
- Welche Institutionen/Personen be- bzw. verhindern die für eine Lösung erforderliche Änderung der Satzung der VBL?
15. Abgeordneter
Freimut Duve
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die vermehrten Vorfälle, in denen rechtsextremistische Gruppierungen die Reichskriegsflagge als Ersatz-Nazi-Symbol verwendeten?
16. Abgeordneter
Freimut Duve
(SPD)
- Plant die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode die Reichskriegsflagge zu verbieten, wenn nicht, mit welcher Begründung kommt sie zu einer abschlägigen Beurteilung?

- | | |
|--|---|
| 17. Abgeordneter
Uwe Lambinus
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Ausländerbehörden in Bayern die zeitliche Befristung von Kostenübernahmeerklärungen durch Privatpersonen für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina nach Ablauf der Befristung als unbeschränkt weitergeltend behandeln, und wie stellt sich derzeit überhaupt der Rechtsstatus der genannten Bürgerkriegsflüchtlinge dar? |
| 18. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD) | Wie viele Asylbewerber sind seit Einführung der Flughafenregelung bisher nach diesen Verfahren erfaßt worden, und wie viele Asylbewerber sind dabei in das Kurzverfahren und in das Normalverfahren gelangt? |
| 19. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD) | In wie vielen Fällen hatten Proteste von durch die Flughafenregelung betroffenen Asylbewerbern gegen das Kurzverfahren Erfolg, und mit welchen Begründungen erhielten die Betroffenen den Zugang zum Normalverfahren? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

- | | |
|---|---|
| 20. Abgeordneter
Werner Ringkamp
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung – insbesondere vor dem Hintergrund des das deutsche Sozialversicherungssystem prägenden sog. Generationenvertrages – den Sachverhalt, daß das Bundesministerium für Wirtschaft zusammen mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern die Kosten wirtschaftlicher Beratung kleiner und mittlerer Unternehmen durch Rentner, Ruheständler und Pensionäre („Senioren“), die bei zwei bestimmten Seniorenexpertenorganisationen aufgelistet sein müssen, mit bis zu 15 000 DM Subventionen für Reise- und Nebenkosten fördert, während die Kosten der wirtschaftlichen Beratung derselben kleinen und mittleren Unternehmen durch aktive tätige Unternehmens-, Betriebs- und vergleichbare Berater seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft mit höchstens 4 000 DM Subvention gefördert wird? |
| 21. Abgeordneter
Werner Ringkamp
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu treffen, damit wirtschaftlicher Wettbewerb um Arbeitsaufträge zwischen Rentenbeziehern und jenen, die durch Arbeit Einkommen |

zwecks Bestreitung ihres eigenen Unterhalts und Heranziehung zur Bezahlung der Renten erzielen müssen, abgestellt und zukünftig vermieden wird?

22. Abgeordneter
**Erich G.
Fritz**
(CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung seit der Stahldebatte am 10. März 1993, in der sie vom Deutschen Bundestag aufgefordert worden ist, sich für faire Marktchancen der deutschen Stahlindustrie einzusetzen, getan, um neue Subventionen für die Stahlindustrie in Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft zu verhindern?

23. Abgeordneter
**Erich G.
Fritz**
(CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, ob und in welchem Umfang von der EG-Kommission neue Subventionen genehmigt worden sind?

24. Abgeordneter
**Michael
von Schmude**
(CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung noch weitere Fälle der Art – wie der des schleswig-holsteinischen Möbelhauses, welches Dank seiner Schlagkraft erhebliche Marktanteile in den neuen Bundesländern hält und mit Sicherheit zu den Gewinnern der deutschen Einheit zählt, neuerdings für Lieferungen in die neuen Bundesländer grundsätzlich Vorkasse verlangt, wohingegen Lieferungen an Kunden in die alten Bundesländer auf der Basis Zahlung nach Rechnungserhalt erfolgt – bekannt, und bestehen rechtliche Möglichkeiten, gegen eine derartige Pauschaldiskriminierung der Menschen in den neuen Bundesländern vorzugehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

25. Abgeordneter
**Dr. Karl-Heinz
Klejdzinski**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die von der Arbeitsstättenverordnung vorgesehene Mindestgröße von Büroflächen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, vor allem im Hinblick auf die zunehmende Einführung von Personal-Computer-Anlagen/Rechnern, Schreibmaschinen, Telefaxgeräten, Telefonanlagen mit Speicher und Fernsehmonitoren, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus hinsichtlich einer Beschleunigung des Umzuges nach Berlin und der Schaffung der dazu notwendigen Infrastruktur?

26. Abgeordneter
Dr. Karl-Heinz Klejdzinski
(SPD)
- Welche Einschätzung hat die Bundesregierung gegenwärtig im Hinblick auf die Besorgnis, daß Elektrosmog und Ozonbelastung durch modernes Bürogerät (beispielsweise Ozonabsonderung durch Drucker von Computern) ernstzunehmende gesundheitliche Risikofaktoren sind?
27. Abgeordneter
Adolf Ostertag
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung, daß trotz Massenarbeitslosigkeit ca. 350 Mio. DM zu verfallen drohen, weil die den östlichen Bundesländern im Rahmen des Sonderprogramms für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für das Jahr 1993 bereitgestellten Mittel nur zum Teil abgerufen werden, und ist die Bundesregierung bereit, die bis zum Jahresende nicht abgeflossenen Mittel im Interesse der arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen auf das kommende Jahr zu übertragen?
28. Abgeordneter
Adolf Ostertag
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung zu den Behauptungen aus der Fachöffentlichkeit, daß das ABM-Stabilisierungsprogramm wegen fehlender Ko-Finanzierung und restriktiver Förderbedingungen in der Praxis zu scheitern droht, und durch welche konkreten Maßnahmen will sie dieses Programm entsprechend den realistischen Erfordernissen in den östlichen Bundesländern modifizieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Frauen und Jugend

29. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU)
- Auf welche konkreten Vorwürfe und auf welche nachweislichen Tatsachen stützt sich das Bundesministerium für Frauen und Jugend bei seiner Absicht, den Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis (VPM) e. V. in Zürich und seine in Deutschland tätigen Zweigvereine in die demnächst zu erwartende Broschüre über gefährliche Jugendsekten aufzunehmen und darin vor dem Verein zu warnen?
30. Abgeordnete
Monika Ganseforth
(SPD)
- Wie soll die Zuordnung, Abgrenzung und Überprüfung der Zivildienststellen, für die die Kosten-erstattung gestrichen wird, von den übrigen erfolgen, und wie soll die am 1. April 1994 anstehende Versetzungswelle von Zivildienstleistenden abgewickelt werden?

31. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU)
- Wie viele Zivildienstleistende haben in den Jahren 1988 bis 1993 (bitte nach Jahren aufschlüsseln) ihren Zivildienst ganz oder teilweise im Ausland geleistet, und unter welchen Voraussetzungen ist es möglich, Zivildienst im Ausland zu leisten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

32. Abgeordneter
Hans-Joachim Fuchtel
(CDU/CSU)
- Wie viele Mitarbeiter hat die Deutsche Lufthansa, und wie viele haben davon an den Möglichkeiten des Bildungsurlaubs in den Jahren 1990, 1991 und 1992 teilgenommen?
33. Abgeordnete
Dr. Margrit Wetzel
(SPD)
- Bezugnehmend auf meine schriftliche Frage 97 in Drucksache 12/5443 frage ich die Bundesregierung, ob sie bereit ist, ihren Informationsstand dem der öffentlichen Diskussion anzunähern und mir mitzuteilen, welche Abmessungen (Länge, Breite, Tiefgang, Seitenhöhe, Segelfläche) und welche Geschwindigkeiten die von HDW (Howaldtswerke, Deutsche Werft) für APL (American President Line) projektierten 5234-TEU-Containerschiffe haben werden?
34. Abgeordnete
Dr. Margrit Wetzel
(SPD)
- Ebenfalls bezugnehmend auf meine schriftliche Frage 97 in Drucksache 12/5443 frage ich ergänzend, ob die Bundesregierung bereit ist, Informationen über mögliche Abmessungen und Geschwindigkeiten für Schiffsbau- bzw. Forschungsprojekte in Größenordnungen von 6000 – 8000 TEU-Schiffen hinsichtlich öffentlicher Äußerungen (z. B. Nedlloyd/SINGAPORT 1992) oder Publikationen (z. B. Cargo Systems, Oktober 1992) oder vorliegender konkreter Forschungsprojekte einzuholen und mir in Gestalt einer Antwort auf diese Frage zu übermitteln?
35. Abgeordneter
Uwe Lambinus
(SPD)
- In welchem zeitlichen Rahmen ist beabsichtigt, die Ortsumgehung Retzbach im Landkreis Main-Spessart im Zuge der B 27 fertigzustellen, und welche Umstände haben zur zögerlichen Weiterführung bzw. zum praktischen Stillstand der bereits vor Jahren begonnenen Baumaßnahmen geführt?

36. Abgeordneter
**Albrecht
Müller
(Pleisweiler)**
(SPD)

Ist es zutreffend, daß es Planungen zur Einstellung auch des Güterverkehrs zwischen Deutschland und Frankreich auf der Strecke Wörth – Lauterbourg gibt?

37. Abgeordneter
**Albrecht
Müller
(Pleisweiler)**
(SPD)

Wenn ja, wie vertragen sich solche Planungen mit der von der Bundesregierung propagierten Förderung des Schienenverkehrs, wenn damit die einzige wenigstens noch teilweise funktionierende Schienenverbindung zwischen dem Süden von Rheinland-Pfalz und Frankreich gekappt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

38. Abgeordneter
**Georg
Gallus**
(F.D.P.)

Was unternimmt die Bundesregierung, um die Misere bei der Entsorgung des Verpackungsmülls angesichts immenser Probleme und Kosten insbesondere beim Recycling von Kunststoff dauerhaft zu beheben?

39. Abgeordneter
**Georg
Gallus**
(F.D.P.)

Wie fördert die Bundesregierung die Verwendung von Verpackungen, die aus nachwachsenden Rohstoffen vorwiegend auf Stärkebasis hergestellt sind und kostengünstig dezentral auf dem Wege der Kompostierung entsorgt werden könnten, aber in der ab Oktober 1993 geltenden gestaffelten Gebührenordnung des Dualen Systems fehlen?

40. Abgeordneter
**Dr. Harald
Kahl**
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob und wann mit einer EG-Richtlinie zu rechnen ist, die eine einheitliche Grundlage für die Verbrennung von ölhaltigen Betriebs- und Arbeitsmitteln, Farbresten sowie Lackschlämmen, die mit Sägespänen versetzt als sogenannter „Ersatzbrennstoff“ nach Inbetriebnahme der dafür erforderlichen Aufbereitungsanlagen zum Beispiel von Thüringen in Zementwerke nach Belgien gefahren werden sollen, vorsieht?

41. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Wie viele Risse wurden bei der Jahresrevision im Kernkraftwerk Isar 1 (KKI 1) festgestellt, und wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß im Kernkraftwerk Isar 1 ein lückenloses Überwachungsprogramm – wie seit einem Jahr im baugleichen Reaktor Brunsbüttel – durchgeführt wird?
42. Abgeordneter
Dr. Klaus Kühler
(SPD)
- Welche ordnungspolitischen Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die deutschen Automobilhersteller zu veranlassen, ihre auf der letzten Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt präsentierten energiesparenden und schadstoffarmen Öko-Prototypen nicht – wie angekündigt – erst ab 1997, sondern in nachhaltig kürzerer Zeit in Serie herzustellen und zu verkaufen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie

43. Abgeordneter
Ernst Schwanhold
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung die weitere Forschungstätigkeit des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (FGH/ISE) in Freiburg im gleichen Umfang wie 1993 gewährleisten, wenn sie für das Jahr 1994 die erforderlichen 21,9 Mio. DM bisher noch nicht sichergestellt hat?
44. Abgeordneter
Ernst Schwanhold
(SPD)
- Welche Möglichkeiten prüft die Bundesregierung, damit die Deutsche Bundes-Umweltstiftung (DBU) in Osnabrück in die Lage versetzt wird, das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (FGH/ISE) sowie andere FuE-Institute verstärkt zu fördern?
45. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Warum werden bei dem auf Rügen laufenden Großversuch bisher keine Fahrzeuge mit Batterien auf Zink-Luft-Basis, insbesondere der von der israelischen Firma Electric Fuel Limited (EFL) entwickelten Batterie berücksichtigt, und wann wird die Bundesregierung den laufenden Versuch um entsprechende Fahrzeuge ergänzen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

46. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)
- Was ist der Bundesregierung über die von amnesty international recherchierten Menschenrechtsverletzungen in Marokko, insbesondere das „Verschwindenlassen“ politischer Opponenten bekannt, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, ggf., vor allem auch unter Berufung auf die traditionelle deutsch-marokkanische Freundschaft, abzuhelpen?
47. Abgeordneter
**Claus
Jäger**
(CDU/CSU)
- In welchem Ausmaß wird das Wirtschaftsembargo gegen Serbien und Montenegro verletzt oder umgangen, und für welche Maßnahmen zur lückenlosen Überwachung und Verschärfung des Embargos wird sich die Bundesregierung angesichts der neuen serbischen Offensive gegen Sarajevo einsetzen?
48. Abgeordneter
**Otto
Schily**
(SPD)
- Welchen Einfluß hat es auf die deutsch-chilenischen Beziehungen, daß General Pinochet, der für die Ermordung, Folterung und Verschleppung mehrerer tausend Menschen verantwortlich ist, immer noch Oberbefehlshaber der chilenischen Streitkräfte ist und nicht vor Gericht gestellt wurde?
49. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, sich im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und der Vereinten Nationen dafür einzusetzen, daß die noch bestehenden Sanktionen gegen Südafrika mit Ausnahme des Waffenembargos und dem Verbot der zivilen nuklearen Zusammenarbeit kurzfristig aufgehoben werden, und wenn ja, wann sollen die betreffenden Sanktionen aufgehoben werden?

Bonn, den 17. September 1993